



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Dezember
2023**

Guten Tag!

Die Medien in Deutschland berichten unisono von der Pleite, vor der die Ampelregierung steht. Die geplante Umwidmung von 60 Milliarden Euro, also nicht beanspruchter Schulden aus der Corona-Hysterie-Politik, hin zur Finanzierung der Klimapolitik, wurden durch das Bundesverfassungsgericht für null und nichtig erklärt.

Jetzt müssen neue Geldquellen gefunden werden, um die grün-liberalen Träume Wirklichkeit werden zu lassen. Man muss kein Hellseher sein, um vor auszusehen, wohin diese Regierung in dieser Lage tendiert. Für die Kindergrundsicherung, das 49-Euro-Ticket, für Schulsanierungen, genügend Lehrer und Erzieher, für die Erhaltung wohnortnaher Krankenhausversorgung, für Pflege, Renten und Gehälter ist kein Geld vorhanden, wird gekürzt und gestrichen. Priorität haben die Aufrüstung und die Kriegsertüchtigung der Bundeswehr, wie uns der taffe Kriegsminister Boris Pistorius einzureden versucht. Unstrittig ist auch die Verdopplung der wiederholten Militärhilfe für die Ukraine, von 4 Mrd. auf 8 Mrd. Euro. Vorab brachte der Kriegsminister am 21. November einen Scheck mit 1,3 Milliarden Euro nach Kiew. War das der Auftrag, den diese Regierung bei den letzten Bundestagswahlen von den Wählern bekommen hat?

Wir erleben gerade wie Inflation, Wirtschaftsabschwung und Pleitewellen zunehmen, und immer mehr Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Der ständige Fingerzeig auf Flüchtlinge und die Betonung der

Migrationsfrage durch Regierung und Opposition soll von den grundlegenden Problemen ablenken, vor denen wir stehen. Die Abwälzung aller Krisenlasten trifft die Berufstätigen, Rentner, Familien und die armen Bevölkerungsschichten besonders hart.

R. Weber

Wieviel denn noch, Herr Pistorius?

Bereits seit Jahrzehnten findet ein Wandel der ökonomischen und politischen Situation in der Welt statt. Die Vormachtstellung der USA und mit ihr des westlichen Staatenbündnisses schrumpft zu Gunsten neuer Player. Allen voran der asiatische Raum mit der mittlerweile Großmacht China, widerspiegelt ein gestiegenes politisches Selbstbewusstsein, welches auch den sogenannten globalen Süden erfasst hat.

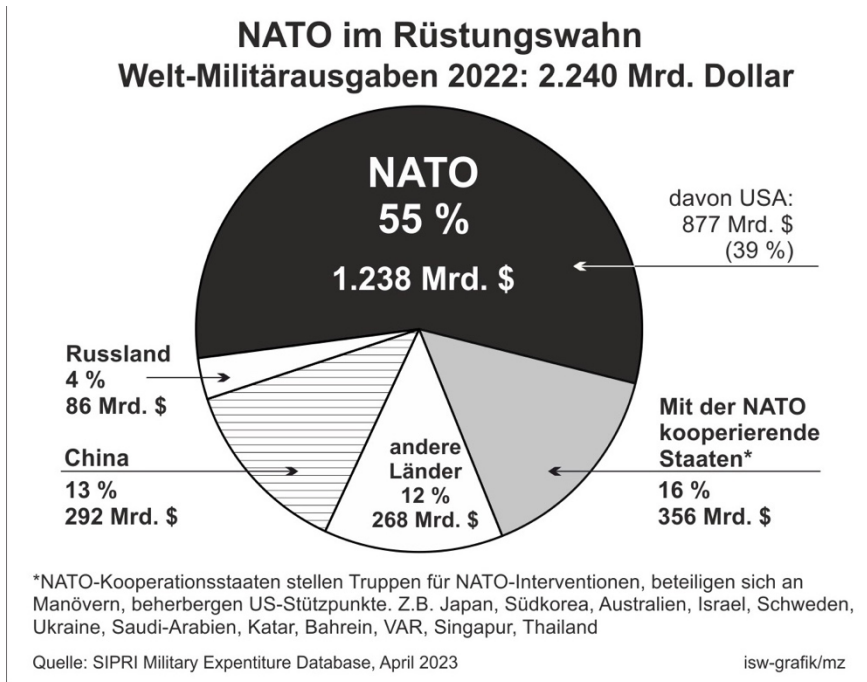
Wir erleben die USA als eine strauchelnde Weltmacht, die sich mit Wirtschaftssanktionen und Protektionismus gegen die ökonomischen Veränderungen stemmt. Verbunden mit einem beispiellosen Aufwand subversiver Aktionen weltweit, begleitet von Indoktrinations- und Umdeutungskampagnen, bereiten sich die USA auf Krieg vor.

Über 800 Militärstützpunkte, über den Globus verteilt, sichern die militärische Übermacht der USA auch gegen ihre freiwillig oder unfreiwillig Verbündeten ab. Allein 38.000 US-Soldaten waren nach Angabe der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag im Jahr 2022 in Deutschland stationiert.

Unsere derzeitige Ampelregierung hat sich widerspruchlos in die Logik der amerikanischen Kriegsführungs- und Vorbereitungsstrategie eingereiht. Auch der mit Erinnerungslücken behaftete sozialdemokratische Kanzler Olaf Scholz und sein SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius machen bedingungslos mit. Die deutsche Gesellschaft soll mit propagandistischer Begleitmusik (wieder) kriegstüchtig gemacht werden und verzichten lernen. Dabei verlieren die Akteure der nationalen Aufrüstung nicht den Platz aus den Augen, den sie für Deutschland als wirtschaftliche Führungsmacht innerhalb der EU vorgesehen haben.

Schaut man sich die im April 2023 vom Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (SIPRI) veröffentlichten Zahlen zu den Welt-Militärausgaben an, so werden nicht nur die ungeheuerlichen Dimensionen der weltweiten Rüstungsausgaben deutlich, sondern auch mit welcher militärischen Übermacht die USA und ihre Nato-

Verbündeten dem Rest der Welt gegenüberstehen. Wer bedroht angesichts solcher Zahlen eigentlich wen?



Die angekündigte Kriegstüchtigkeit wird neben der immens steigenden Eskalationsgefahr sehr viel Geld kosten und in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Sozialarbeit Umweltschutz etc. fehlen. Wir spüren jetzt schon die Kollateralschäden, die sich aus einer sinnlosen Sanktionspolitik gegenüber Russland ergeben haben. Gewinner ist die Rüstungsindustrie, die ihren Aktionären prächtige Profite verschafft und ihren Einfluss auf die Politik verstärkt.

Die Folgen des Streichkonzertes für die breite Bevölkerung spüren wir bereits und auch Herr Pistorius weiß das und beugt vor, wenn er darauf hinweist, dass seine Vorhaben „nicht ohne schwierige Prioritätensetzung“ umzusetzen sein werden.

Was wir dringend brauchen, ist eine realitätsbezogene Friedensarchitektur und die Rückkehr zu vertrauensbildenden Maßnahmen, wie sie die vom „Westen“ aufgekündigten Verträge dargestellt hatten. Zur Realität gehört auch das Wissen, dass es in einem Nuklearkrieg keine Sieger mehr geben wird.

G. Janske

Massenmord und Vertreibung beenden!

Man kann gar nicht anders als bestürzt und empört zu sein über den terroristischen Überfall der Hamas gegen die vorwiegend israelischen Zivilisten. Da herrscht große Einigkeit in unserer Gesellschaft.

Aber dieser brutale Angriff fand, wie UN-Generalsekretär António Guterres bei der Generalversammlung betonte, nicht im luftleeren Raum statt.

Politisch interessierte Beobachter, die sich mit der Geschichte in Palästina/Israel befasst haben, sind entsetzt aber nicht verwundert, denn es war nur eine Frage der Zeit, wann dieses Fass der permanenten Demütigung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung überlaufen würde. Haben wir uns denn alle daran gewöhnt, dass in Israel nach UN-Aussage Apartheid herrscht, wo die Palästinenser, ob in Gaza oder im Westjordanland, ständigem Terror ausgesetzt und ihrer Rechte beraubt sind? Der Gazastreifen, in dem über zwei Millionen Menschen ohne Perspektiven eingesperrt und auf Hilfslieferungen angewiesen sind, bietet für die palästinensischen Bewohner kein souveränes und selbstbestimmtes Leben.

Im Westjordanland haben sich bis heute mehr als 700.000 Israelis illegal Siedlungen errichtet, dabei palästinensische Dörfer, Felder und Olivenhaine zerstört und die Menschen vertrieben. Bis zum 7. Oktober, also vor dem Hamasüberfall, wurden in diesem Jahr schon über 400 vorwiegend junge Palästinenser willkürlich getötet, wobei die Mörder ungestraft agieren können und den Schutz der israelischen Soldaten genießen.

In mehreren UN-Resolutionen wurde Israel wegen dieser Vertreibungen und der Gewalt verurteilt und den Palästinensern die Aussicht auf einen eigenen Staat (Zweistaatenlösung) versprochen.

Aber wo könnte dieser Staat bestehen, wo Israel den Palästinensern durch Vertreibung und Besiedelung keinen Raum lässt?

Besonders die derzeitige rechtsextreme Nethanjahu-Regierung hat unsere Solidarität nicht verdient. Sie ist nicht gewillt, für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina/Israel einzutreten.

R. Weber

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold-fertig@t-online.de***